

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/002/2018
Datum	Dienstag, 17.07.2018
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:36 Uhr
Ende	11:55 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Mitglieder CSU

Steinberger, Friederike

Bertl, Alexandra

Bichler, Josef

abwesend ab TOP 4 Ö

Breher, Barbara

Eichiner, Reinhard

Friesinger, Sebastian

Funke, Annemarie

Großmann, Rainer, Dr.

Hainz, Birgit

Hartsperger, Veit

Hausberger, Claudia

abwesend ab TOP 5 Ö

Hobmeier, Karin

Hofstetter, Franz

abwesend ab TOP 4 Ö

Klein, Patricia

Knöferl, Robert

Linder, Ingeborg

Linhart, Susanne

Loy, Josef

Meyer, Beate

Off-Nesselhauf, Gabriele

Schindlmayr, Simon

Schwab, Harald

Schwarzenberger, Thomas

Spitlbauer, Anton

Weiß, Ilse

Wetzelsperger, Georg

Wohlrab, Sabine

Mitglieder SPD

Asam, Michael

Broschei, Hiltrud

Hofmann, Irmgard

Hörl, Christina

Hügenell, Helga

Jordan, Elisabeth

Malm, Mike, Dr.
Murken, Jan, Prof. Dr.
Rödig, Günther, Dr.
Salvermoser, Richard
Weitzel, Katja
Wimmer, Gerhard

abwesend ab TOP 5 Ö

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Becher, Johannes
Goldstein, Ulrike
Halbauer, Jan
Janner, Elisabeth
Siebler, Joachim
Tuttas, Petra
Zintl, Roland

Mitglieder FW

Degenhart, Christine
Heigl, Marianne
Hofer, Sepp
Schanderl, Michael, Dr.
Schneider, Rainer
Specker, Konrad

abwesend ab TOP 4 Ö

Mitglieder BP

Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglieder FDP

Berg, Gabriela, Dr.
Friedl-Lausenmeyer, Sigrid

abwesend ab TOP 5 Ö

Mitglieder ÖDP

Huber, Andreas
Schildbach-Halser, Johanna

Mitglieder Piraten

Wenta, Martina

Verwaltung

Al Hamwi, Alexander
Becker, Stefan
Bertenbreiter, Benedikt
Bruckmann, Wolfgang, Dr.
Büllesbach, Susanne
Erdmann, Kerstin
Gauckler, Jan
Getzlaff, Stefan
Gräbsch, Dorit
Huber, Tobias
Jochymczyk, Anna
Kohl, Markus
Lindner, Monika
Maja, Renate
Reil, Josef
Renner, Helen

anwesend ab TOP 4 Ö

Roth, Helmut
 Schillhuber, Simone
 Schreyer, Christoph
 Steinwand, Ralf
 Tworek, Elisabeth, Dr.
 Wolff, Claudia
 Zieglmaier, Margarete

Weitere Anwesende

Borrmann-Hassenbach, Margitta, Dr.	
Els, Maria, Regierungspräsidentin	abwesend ab TOP 7 Ö
Halser, Horst	
Hofmann, Bernd	
Weizenegger, Viktor	

Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

Entschuldigt

Mitglieder CSU

Kuhn, Barbara	entschuldigt
Wunsam, Günther	entschuldigt

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Bohr, Sylvio	entschuldigt
--------------	--------------

Mitglieder BP

Barth, Hansjörg	entschuldigt
-----------------	--------------

Mitglieder FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin von	entschuldigt
--	--------------

Mitglieder parteifrei

Jenkner, Beate	entschuldigt
----------------	--------------

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Delegationsverordnung
TOP 3	kbo, Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; Änderung und Neufassung der Zweckvereinbarung zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Landkreis Miesbach über die Kooperation beim Betrieb des Krankenhauses Agatharied
TOP 4	Bezirk Oberbayern - Rückblick auf die Wahlperiode 2013 - 2018
TOP 5	kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern, Kommunalunternehmen; Rückblick und Aus- blick
TOP 6	Beteiligungsbericht 2016
TOP 7	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:36 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

Herr BTP Mederer begrüßt Frau Regierungspräsidentin Els und überreicht ihr als Geschenk das Gedenkbuch für die Münchner Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde. Anschließend gratuliert Herr BTP Mederer Herrn stv. BTP Asam zur Verleihung der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 61 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Delegationsverordnung

Die Änderung der Delegationsverordnung vom 18.01.2018 werden vorgestellt.

Beschluss:	Die anliegende Delegationsverordnung wird erlassen.	
	angenommen	Ja 61 Nein 0

TOP 3 kbo, Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; Änderung und Neufassung der Zweckvereinbarung zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Landkreis Miesbach über die Kooperation beim Betrieb des Krankenhauses Agatharied

Der Bezirkstag entscheidet über den Abschluss einer neuen Zweckvereinbarung zwischen dem Bezirk Oberbayern, dem kbo, Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen und dem Landkreis Miesbach.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt den Abschluss des Vertrages „Änderung und Neufassung der Zweckvereinbarung vom 16./17.12.1998 zwischen dem Landkreis Miesbach und dem Bezirk Oberbayern sowie dem Kommunalunternehmen des Bezirks Oberbayern (kbo)“ in der Fassung vom 13.09.2017 mit folgenden Änderungen in § 4 Nr. 3 der Zweckvereinbarung „Die Gebietskörperschaften haben sich gegenseitig Dienstbarkeiten insbesondere der Geh- und Fahrtrechte bestellt.“ Die Umsetzung erfolgt im Rahmen eines Gesamtpaketes der zukünftigen Zusammenarbeit und der Realteilung der Klinikimmobilie.	
	angenommen	Ja 61 Nein 0
	Der Präsident wird ermächtigt, sprachliche Anpassungen oder Anpassungen, die sich aus der Vermessung oder der Realteilungsurkunde ergeben, vorzunehmen.	
	angenommen	Ja 61 Nein 0

TOP 4 Bezirk Oberbayern - Rückblick auf die Wahlperiode 2013 - 2018

Rede Herr Bezirkstagspräsident Josef Mederer

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

dies ist die letzte Vollversammlung in dieser Wahlperiode. Deshalb möchte ich in Erinnerung bringen, was sich in den letzten 5 Jahren getan hat.

Dies könnte ein vormittagsfüllender Rückblick werden, aber zu Ihrer großen Enttäuschung werde ich viele Punkte nicht ansprechen. Ich hoffe, Sie sehen es mir nach. Aber erlauben Sie mir ein paar grundsätzliche Anmerkungen.

Wir können feststellen, dass wir mit unserer politischen Verantwortung in diesem kommunalen Gremium engagiert und mit großer Wertschätzung umgegangen sind. Wir haben mit hoher Effizienz unsere Aufgaben umgesetzt. Die Aufgabenstellungen waren nicht immer einfach, aber dank unseres großartigen politischen Miteinanders ist es uns gelungen, das Interesse der Menschen, die Hilfe benötigen, in den Mittelpunkt zu stellen.

Die politische Verantwortung war sehr groß und wichtig. Aber auch hier brauchen wir die Rahmenbedingungen, die wir in der Verwaltung für notwendig erachten, wir benötigen einen verwaltungsmäßigen Unterbau. Ich bin dankbar für unser hochmotiviertes Personal, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit großem Engagement und Freude bei der Arbeit sind. An den Personalversammlungen stelle ich immer fest, wie groß das Interesse an unserer Arbeit ist. Es wird in der Zukunft wichtiger denn je, dass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Arbeitgeber identifizieren. Inzwischen ist die soziale Bindung wichtiger als Geld. Und in dieser sozialen Bindung ist der Bezirk Oberbayern Marktführer.

Ein weiteres Thema sind die finanziellen Ressourcen, die notwendig sind, um unsere Aufgaben zu finanzieren. 2018 hatten wir im Verwaltungshaushalt fast 1,9 Milliarden Euro, 2013 hatten wir im Vergleich 1,43 Milliarden Euro. Sie erkennen den starken Anstieg der Aufwendungen in den letzten 5 Jahren. Als Bayerische Bezirke und auch als Bezirk Oberbayern machen wir uns immer stark dafür, dass wir im Rahmen des Finanzausgleichs mehr Gelder benötigen.

Oberbayern war beim Thema unbegleitete erwachsene junge Flüchtlinge überproportional stark belastet. Damit waren und sind wir als Bezirk Oberbayern nicht einverstanden. Ich hoffe, dass wir hier für's nächste Jahr eine Lösung finden.

Die Zusammenarbeit mit den Ministerien, aber auch anderen Behörden, mit den caritativen Verbänden, der Freien Wohlfahrt, Angehörigenverbände, Betroffenenverbände erfolgt auf Augenhöhe, darauf bin ich sehr stolz. Wir gehen aufeinander zu und suchen gemeinsam nach Lösungen. Diese angenehme Zusammenarbeit zeigt sich auch im Sozial- und Gesundheitsausschuss.

Nun zu den Highlights der letzten 5 Jahre.

Am 17.07.2015 ist das bayerische Maßregelvollzugsgesetz beschlossen worden. Wir haben viel diskutiert, wie wir ein Gesetz bekommen, das sowohl den Interessen unserer Beschäftigten in den forensischen Kliniken entgegen kommt, aber auch den Insassen dieser Einrichtungen gerecht wird. Wir konnten die forensischen Ambulanzen erreichen. Eine große Chance, Menschen in der Forensik den Übergang in die Freiheit stufenweise zu ermöglichen. Auch das Amt für Maßregelvollzug ist eine hervorragende Einrichtung, mit der wir hier bestens zusammen arbeiten.

Die langjährige Forderung des Bezirks nach einem Bundesteilhabegesetz wurde erfüllt. Das Bundesteilhabegesetz ist am 16.12.2016 beschlossen worden und kurz darauf in Kraft getreten. Unser Forderungspaket aus 15 Eckpunkten ist in Vielem in das Gesetz übernommen worden. Das Bundesteilhabegeld konnten wir nicht durchsetzen, aber vieles andere konnten wir erreichen. Wir

kämpfen auch weiterhin um den § 43 a SGB XI, anrechenbares Pflegegeld für Menschen mit Behinderung. Wenn 2020 die Trennung von Fachleistungen zu existenzsichernden Leistungen eingeführt wird, stellt das unsere Verwaltung aber auch die Leistungserbringer vor eine große Aufgabe.

Mit dem Bundesteilhabegesetz ist auch die Zuständigkeit für die ambulante Hilfe zur Pflege neu geregelt worden. Auch die kommunalen Spitzenverbände, Angehörigenverbände, Betroffenenverbände sind der Meinung, dass es keine Aufteilung der Leistungen mehr geben darf auf unterschiedliche Aufgabenträger: Pflege aus einer Hand, stationär, teilstationär und ambulant – die Bezirke können es.

Die Änderungen im Pflegestärkungsgesetz I und II waren ebenfalls eine große Herausforderung für unsere Verwaltung. 10.000 Bescheide mussten unter Berücksichtigung der Umstellung der Pflegestufen und -graden erstellt werden. Aber wir wollen noch näher zu den Menschen. Nicht nur die Pflege ist uns wichtig. Wir wollen auch unsere Eingliederungshilfe vor Ort einbinden. Wir warten noch die Rechtsverordnung vom Gesundheits- und Pflegeministerium zum Herbst oder Spätherbst ab. Aber ich könnte mir vorstellen, dass wir im nächsten Jahr auch die Pflegestützpunkte aktiv angehen, einige Landkreise sind hier schon ausdrückliches Interesse an einer Zusammenarbeit bekundet.

Auch das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz war ein großes Thema. Hier haben wir uns hochmotiviert, engagiert und mit hoher Kompetenz, gebündelt mit fachlicher Unterstützung aus der Medizin dafür eingesetzt, dass wir ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz brauchen. Dieses wurde von uns seit 2014 mit initiiert und begleitet, der Gesetzentwurf hatte uns dann allerdings ziemlich enttäuscht. Das Thema hat sich dennoch zum Guten gewendet. Letzte Woche wurde das Gesetz verabschiedet und wir haben Rechtssicherheit, was die Betreuung und Unterbringung betrifft.

Der Bezirk Oberbayern war wieder einmal Vordenker und Vorreiter. So haben wir im Vorfeld des PsychKGH den Krisendienst initiiert. Dieser Krisendienst ist ein Segen für Menschen, die psychische Probleme haben und/oder sich in einer Krise befinden. Dies zeigen uns die 21.000 Anrufe im letzten Jahr. Wie notwendig und wichtig der Krisendienst ist, sehen wir auch daran, dass die Verkehrsbetriebe München an der Anzeigenschaltung zum Krisendienst interessiert sind. Herrn Roth und allen Beteiligten in der Verwaltung herzlichen Dank für ihr Engagement. Wir arbeiten derzeit daran, eine Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit sicherzustellen. Dies ist unsere Antwort auf die Veränderung der Gesellschaft.

Unser Ziel, 1/3 der Menschen mit Behinderung in Werkstätten in Arbeitsplätzen unterzubringen hat in Passau für Überraschung gesorgt. Wichtig hierbei sind auch die Ex-in-Querberatungen. Betroffene helfen Betroffenen. Psychisch Erkrankte konnten wieder stabilisiert werden und wurden ausgebildet, anderen Betroffenen zur Seite zu stehen. Auch so bringen wir Menschen in Arbeit, in eine Verantwortung, in einen geordneten Ablauf.

Nun zu unserem eigenen Umfeld. Ich baue recht gerne und Sie unterstützen mich. Der Bedarf war auch gegeben. Mit dem Hintergrund der Barrierefreiheit, der Brandschutzsicherheitskonzepte, energetischen Verbesserungen mussten wir viel Geld ausgeben. Aber wenn wir uns das Casino, die Sitzungssäle und das Foyer mit dem Eingangsbereich betrachten, sehen wir auch, dass wir uns auch baulich zukunftsorientiert aufgestellt haben.

Eine große Herausforderung war die Sanierung der Werkhalle in Johanneskirchen. Über Jahre hinweg wurde diskutiert, was getan wird: Abriss, Neubau, Ersatzneubau. Ich bin froh und dankbar, dass wir gemeinsam den Mut hatten, einem Generalübernehmer diese Baumaßnahme zu einer Kostensumme von 32,5 Mio. anzuvertrauen. Am Ostern im nächsten Jahr soll wieder der Rückzug ins alte und dann sanierte Gebäude stattfinden. Wir haben eine Verantwortung den Auszubildenden und den Schülern gegenüber, dass wir gute Rahmenbedingungen für ihre Ausbildung schaffen.

Letzte Woche konnten wir unser neues Eingangsgebäude im Freilichtmuseum Glentleiten bei Kaiserwetter einweihen. Es ist ein schönes, architektonisch sehr gelungenes Bauwerk geworden.

Komplement an Baureferat, Projektsteuerung, Bauherrenvertretung, dass wir die anvisierten Kosten nach der Kostenberechnung einhalten konnten. Dies freut uns auch mit Blick auf den Bund der Steuerzahler, der im Vorfeld massiv negative Stimmung gegen unseren Neubau machte. Wenn Sie auf Seite 2 der Sitzungsvorlage von 666.666 Besuchern lesen, ist dies ein Irrtum. Es waren nämlich 6.666.666 Besucher. Wir wollen uns unter anderem im Bereich inklusiver Angebote weiter entwickeln, auch der Arbeiter-Industrie-Kultur haben wir uns verschrieben. Hier sind wir auf einem guten Weg.

Wichtig war uns auch, dass wir uns der Wohnungslosenhilfe annehmen. In den Kongressen in Freising, Landsberg und München suchten wir nach Antworten: wie können wir Menschen, die über einen längeren Zeitraum obdachlos sind, unterbringen. In den Landkreisen sind wir mit der Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in engstem Kontakt und Austausch.

Wir haben Ihnen heute das Buch Münchner Euthanasieopfer vorgelegt. Wir wollen die Erinnerungskultur neu ausrichten. Es hat in früheren Zeiten immer wieder Veranstaltungen gegeben, die sich in unseren Kliniken mit den Euthanasieopfern auseinander gesetzt haben. Es gibt Denkmäler und Gedenkveranstaltungen, der 18. Januar und die T4-Aktion waren immer gesetzte Termine. Um als Bezirk Oberbayern in der gesamtheitlichen Verantwortung zusammen zu finden, haben wir einen Arbeitskreis gegründet, dem Herr Prof. Brieger vor steht. Wie stellen wir uns der Erinnerungskultur an die Vergangenheit in der Zukunft. Was ist unsere Verantwortung, was unsere Verpflichtung. Wir sollten uns nicht schuldig fühlen, sondern verantwortlich bezüglich des Umgangs mit der Vergangenheit und der Zukunft. Das ist unsere Botschaft. Zunächst wollte die Landeshauptstadt München alleine ein Buch für die Münchner Opfer auflegen. Mir war aber klar, dass auch der Bezirk beteiligt sein muss. Aber der Bezirk Oberbayern kann nicht nur der Münchner Opfer gedenken. Wir haben die Verantwortung für ganz Oberbayern. Wir werden uns des Fortsetzungsbandes ebenso annehmen, die Weichen hierfür sind gestellt.

Wenn die Wahlperiode zu Ende geht, werden einige Kolleginnen und Kollegen nicht mehr kandidieren, bei den kandidierenden Kolleginnen und Kollegen werden wir sehen, ob sie wieder gewählt werden.

Mir ist es ein großes Anliegen, Ihnen allen ganz, ganz herzlich für das großartige Miteinander zu danken. Wir haben viel bewegen können, es war ein gutes, angenehmes, freundschaftliches, kameradschaftliches Miteinander. Ein großes Kompliment und Dankeschön an Sie alle. Wir können mit erhobenem Haupt sagen, wir haben unsere Aufgaben großartig erfüllt, dies geht an die Politik aber auch genauso stark ans Präsidium, lieber Herr Asam, liebe Frau Steinberger. Auch hier im Präsidium haben wir Starkes geleistet und konnten die Weichen gemeinsam stellen.

Auch an der Verwaltungsspitze wurde alles großartig vorbereitet, wurde vorausschauend mitgedacht. Auch das ist unsere Stärke. Und auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben alles hochengagiert mitgetragen. Das gleiche große Kompliment geht an die caritativen Verbände, auch hier haben wir in Augenhöhe ein gutes Einvernehmen, das es wert ist, weiter gepflegt zu werden.

Allen, die wieder gewählt werden, wünsche ich, dass diese Linie, vor allem dieser Geist weiter getragen wird. Ich habe im Hauptausschuss des Bezirkstags gesagt, dass solche Gedanken wie in Berlin über unwertes Leben keine Nahrung finden dürfen. Hier sind wir in unserem Aufgabenspektrum gefordert, das Miteinander muss stärker sein als das Parteipolitische.

Ich hoffe, dass wir uns in der nächsten Wahlperiode wieder sehen. In diesem Sinne ein großes Kompliment an Sie alle, die so großartig mitgewirkt haben. Allen nochmal ein herzliches Dankeschön.

Rede Herr Bezirksrat Josef Loy

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Regierungspräsidentin,

hohes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem Rückblick auf die letzten 5 Jahre gebietet es der Anstand, dass man 2-3 Sätze darauf antwortet. Ich möchte dies gerne aus Sicht unserer Fraktion tun.

Ich möchte an den Anfang stellen, dass wir ein Gremium sind, das nicht auf Konfrontation ausgerichtet ist. Das habe ich so in den letzten 15 Jahren erleben dürfen, seit dem ich im Bezirkstag bin. Es ist gewachsen, wir sind zusammengewachsen, wir haben unsere Linie nicht verlassen, wissen um unsere parteipolitischen Dinge. Wir haben miteinander an einem Ziel gearbeitet, das Wohlergehen der oberbayerischen Bevölkerung, das Wohl der Menschen, die Hilfe brauchen, die vom Handicap bedroht sind oder Handicaps haben, die psychisch, geistig oder körperlich nicht im Vollbesitz ihrer Kräfte sind und dazu die notwendigen Entscheidungen zu treffen, das war unsere Aufgabe und das muss unsere Aufgabe auch in der Zukunft bleiben. Dazu braucht es eine gute Verwaltung, die wir hier haben, es ist egal, ob es oben die Referatsleiter sind, oder sei es die Mitarbeiter am Schreibtisch oder im Büro, alle arbeiten zusammen. So empfinde ich es und wir in der Fraktion empfinden es auch so und versuchen, gute gemeinsame Lösungen zu finden.

Manchmal dauert es a bisserl länger, gute Lösungen zu finden. Das ist auch richtig so, weil man sich auch intensiv drum kümmern muss und keine Schnellschüsse wagen darf. Dazu gehört auch ein Präsidium, das unseren Bezirk nach außen hin vertritt und ein ganz herzliches Vergelt's Gott an unseren Bezirkstagspräsidenten und dem Präsidenten des Bayerischen Bezirkstags. Ohne Josef Mederer wäre in den letzten 5 Jahren nicht so viel bewegt und angeschoben worden. Er ist nicht nur ein Baupräsident, er ist auch ein Sozialpräsident und Kulturpräsident, Gesundheitspräsident, psychischer Präsident. Rundherum – ich sag mal, er ist unser Bezirksmotor und wir sind das Schwungrad. Wir versuchen, den Motor am Leben zu erhalten und stacheln ihn ab und zu mal an, etwas vorwärts zu bringen und umgekehrt geht's genauso. Ein herzliches Vergelt's Gott an unseren Präsidenten und an sein Präsidium und an alle, die in der Verwaltung Verantwortung tragen.

Die Finanzen sind gut geregelt. Es wird alles vorgetragen. Ich kann mich erinnern, als er als Bezirkstagspräsident mit über 150 Mio. Schulden angefangen hat. Davon sind wir weit weg gekommen, haben gute Arbeit geleistet, haben die Umlagezahl auch nicht über Gebühr belastet. Gott sei Dank läuft unsere Wirtschaft nach wie vor gut und wir können uns die sozialen Auflagen alle finanziell leisten. Wir gehen auch davon aus, dass es in Zukunft so bleibt, dass die große Politik die notwendigen Entscheidungen dazu trifft und sich nicht nur in gegenseitigen Vorwürfen verliert, sondern anpackt und in die Zukunft arbeitet. Im sozialen Bereich, in allen unseren Handlungsfeldern sind großartige Dinge entschieden worden.

Ich möchte auch noch einen Satz zum neuen Eingangsgebäude der Glentleiten sagen. Wir hatten damals eine riesen Auswahl von Entwürfen und haben uns für eine landschaftsgebundene, oberbayerische, bayerisch traditionelle Holzkonstruktion, einem stadtlähnlichen Gebäude entschieden, das in unsere Landschaft passt, das unsere Kultur ausdrückt und dafür bin ich allen Entscheidungsträgern sehr, sehr dankbar. Wir haben uns nicht mit Würfeln, Flachdächern oder irgendwelchen futuristischen Glasfassaden beschäftigt. Wir haben gediegen bayerisch gebaut und das gehört auch in so ein Freilichtmuseum hinein.

Die Erinnerungskultur ist angesprochen worden. Auch das möchte ich ganz stark unterstreichen. Wir müssen diese Erinnerungskultur am Leben halten und auch fortentwickeln. Wir müssen es vor allem unserer Jugend im Bezirk Oberbayern und darüber hinaus nahebringen. Hier haben wir eine hohe Verantwortung, nicht nur in unseren Veranstaltungen, die wir machen, sondern es muss auch Eingang finden in unsere Regierungseinrichtungen, die wir in unserem Bezirk betreiben. Das Thema sollten wir dort ab und zu auf die Tagesordnung setzen.

Was die Gesundheit anbelangt können wir nur einen Dank ans kbo richten für das, was Sie, Frau Dr. Borrmann-Hassenbach, und Ihr ganzer Klinikbetrieb leisten. Auch da sind wir ganz nah am Menschen, ganz nah an der häuslichen und familiären Versorgung. Was kann einem Patienten Besseres passieren, als familiennah versorgt zu werden und die Geborgenheit in der Familie zu

finden. Dazu tragen wir wesentlich bei mit der Regionalisierung und neuen Behandlungsmethoden, die in den nächsten Jahren sicherlich noch mehr Fuß fassen.

Einen ganz herzlichen Dank für all die gute Zusammenarbeit möchte ich auch hier allen Kolleginnen und Kollegen sagen. Die, die ausscheiden, werden wir noch gebührend feiern. Und den Kolleginnen und Kollegen, die kandidieren kann ich sagen, ich zittere mit Ihnen. Wir wissen nicht, wie es am 14. Oktober für uns alle aus geht, wie die Beteiligung an der Wahl aussieht, wie die Ergebnisse aussehen. Wir müssen nur nach außen tragen, dass wir demokratische Verhältnisse wollen, damit bei uns jeder Mensch mit Würde, aufrechtem Gang und entsprechender Anerkennung durch unser Land gehen kann.

Ich danke auch für die partnerschaftliche Zusammenarbeit hier im Gremium und in den Sozialverbänden. Halten wir zusammen und tragen wir diese guten Ergebnisse aus dem Bezirk Oberbayern auch hinaus in unseren Wahlkampf. Das können wir mit Stolz tun. Wir können unsere Arbeit gut verkaufen, auch wenn uns die Presse nicht immer sehr gewogen ist, bei der andere Themen an der Tagesordnung sind und unsere Themen dabei untergehen. Das macht nichts, wir arbeiten weiterhin für unsere Menschen, für die wir Verantwortung tragen.

Vergelt's Gott für die Zusammenarbeit, guten Wahlkampf und gute Ergebnisse.

Von denen, die zusätzlich noch herein wollen und andere Vorstellungen von Demokratie haben, musste man schon sowas hören wie Kinder nur von Deutschen und solche Dinge. Freunde, da müssen wir unbedingt dagegen kämpfen, da müssen wir uns stellen, so geht's nicht. Wir leben in einem freien Land, wo jeder sein Recht hat zu leben.

Alles Gute, guten Wahlkampf und gute Ergebnisse!

Rede Frau Bezirksrätin Helga Hügenell

-Es gilt das gesprochene Wort-

Ich möchte das, was Herr Loy zuletzt genannt hat, kurz aufgreifen, weil es mich sehr bewegt. Wir arbeiten hier sehr demokratisch, werden es auch in Zukunft tun. Wir müssen alles dagegen tun, dass es um Ausgrenzung von Menschen geht, die hier eine Heimat gefunden haben.

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn möchte ich mich bei dem Bezirkstagspräsidenten für den ausführlichen und detaillierten Rückblick bedanken. Er liegt uns ja auch schriftlich vor und zeigt uns ganz deutlich, dass wir die letzten fast 5 Jahre viel bewegt haben und uns politisch weiteren Herausforderungen gestellt haben – und dies über Parteigrenzen hinweg.

Besonders schätze ich an der Bezirkstagsarbeit, dass es um die pol. Inhalte zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Oberbayern und nicht um parteipolitische Auseinandersetzungen. Dies zeigen ja auch die Abstimmungsergebnisse. Zielführende Anträge, egal welche Fraktion sie stellt werden übernommen und auch ernsthaft bearbeitet.

Gerade die bezirkliche Politik hat den sozialen Zusammenhalt im Blick und nicht die Spaltung der Gesellschaft und damit nicht die Ausgrenzung von Menschen, die Unterstützung bei der gleichberechtigten Teilhabe im gesellschaftlichen Konsens brauchen. Aktuelle Entwicklungen, Aussagen und O Töne stimmen einen schon sehr nachdenklich und befremden. Ich hoffe sehr, dass es uns trotzdem gelingt für und mit den Betroffenen und Partnern unsere Ziele einer inklusiven Gesellschaft in der nächsten Legislaturperiode voranzubringen.

Um gut politisch zu arbeiten, braucht es eine gut zu arbeitende Verwaltung und das kann man mit Fug und Recht behaupten, die haben wir und auch ein Selbstverständnis eines kundenorientierten Handelns.

Wenn es vielleicht im Einzelfall auch mal Probleme gibt.

Bevor ich jetzt auf einzelne Themen eingehe, sicherlich nicht auf alle, gilt an der Stelle unser Dank dem Präsidenten, dem Präsidium und den Bezirkstagskolleginnen und -kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und auch allen Partnern, stellvertretend genannt die Wohlfahrtsverbände, Betroffenenvertreter*innen und den Bezirksjugendring. Die Einbeziehung aller Betroffenen bei Projekten und notwendigen Veränderungen ist Gesetz.

Bedauerlich ist im Übrigen, dass der Bezirkstag in der Öffentlichkeit als wichtige politische Ebene kaum wahrgenommen wird.

Ich möchte ein paar Anmerkungen zu unserer Finanzpolitik machen und einen Dank an die Kämmererei aussprechen. Wir haben all die Jahre einen fundierten und umsichtigen Haushalt vorgelegt bekommen. Aus unserer Sicht ist es sehr positiv, dass stetig Schulden abgebaut wurden. Leider ist die Rücklage massiv abgeschmolzen, auf die Gründe möchte ich nicht eingehen, der Jahresabschluss 2017 ist ein Beweis dafür, dass immer umsichtig kalkuliert wurde. Der Überschuss von 20 Millionen stärkt die Rücklage.

Umwelt und Naturschutz

Wir haben unbestritten einen Klimawandel – die Artenvielfalt geht zurück. Wir müssen in all unseren Bereichen Anstrengungen unternehmen, wenn auch im Kleinen – dem entgegenzuwirken. Eini- ges haben wir umgesetzt, beispielhaft der Verzicht auf Pestizide – Glyphosat auf den Bezirksgü- tern und der Ausbau der E-Mobilität.

Kultur

Das Zukunftskonzept Kloster Seeon und auch die neue Leitung sind sehr positiv – bessere Auslas- tung, Umweltaspekte sind beim Umbau und Ausbau im Blick. Wir müssen uns nur darüber be- wusst sein, dass der Kulturbereich immer der Zuschüsse bedarf und nicht kostendeckend sein kann.

Bedauerlich und enttäuschend ist, dass wir zum dringenden Neubau der **Nepomuk von Kurz Schule** in Ingolstadt in der Wahlperiode in der Umsetzung so gut wie nicht weitergekommen sind.

Die Schaffung der Popmusikbeauftragten-Stelle gibt dem Bezirk ein anderes Gesicht und der poli- tische Einsatz hierfür hat sich gelohnt. Er feiert sein erfolgreiches 5-jähriges.

Im letzten Jahr haben wir mit hohen Zielen ein vorausschauendes Kinder- und Jugendprogramm verabschiedet, als Ergebnis einer überparteilich besetzten Arbeitsgruppe und dem Bezirksjugen- dring als Partner.

Die **Kulturförderung** wurde konkretisiert, aber eine Öffnung der 25 % Eigenmittel ermöglicht auch weiterhin die Mittelvergabe von kleineren Projekten und lässt den Entscheidern einen Spiel- raum.

Der Ankauf des Gebäudes und des angrenzenden Anwesens lassen Erweiterungen des **Volks- musikarchivs in Bruckmühl** zu und ist eine großartige Investition.

Ein **Arbeiter- und Industriemuseum** ist ein unbestrittener Schwerpunkt unserer Kulturarbeit.

Die Idee ist weit mehr als 10 Jahre alt. Mitinitiatoren waren die Bezirksräte Manfred Meiler und Werner Brandl – viele Standorte wurden geprüft und wieder verworfen.

Der Arbeitskreis Arbeiter- und Industriekultur des Bezirks Oberbayern steht aktuell unter der Federführung von Barbara Kuhn und Jan Murken, in der alle Bezirksräte aller Fraktionen gut zusammengearbeitet haben. Die Wanderausstellung „Hartes Brot – gutes Leben“, als Zwischenschritt, konnte bisher an 17 Orten in Oberbayern gezeigt werden mit dem Ziel, jeweils ortsspezifische Fragestellungen zur Industrialisierung aufzuarbeiten.

Jetzt ist mit dem Standort Dachau hoffentlich der Durchbruch gelungen und eine Realisierung ist hoffentlich sehr nah, gemeinsam mit der Stadt Dachau und dem Landkreis. Die Machbarkeitsstudie zeigt u.a. auf, dass es das einzige Industriemuseum für Süddeutschland wäre. Die Zielsetzung Inklusion und Partizipation als ein Museum für alle und der Mensch im Focus wurde mit aufgenommen. Viele Industriedenkmäler des 19. und 20. Jahrhunderts sind verschwunden. Beim Gelände in Dachau handelt es sich um eine ehemalige Papierfabrik, damit bleibt ein Industriedenkmal zum Teil erhalten.

Personalentwicklung

Zur Personalgewinnung haben wir Anreize geschaffen, z.B. Wohnraum anbieten, dies hat sich gerade in Hinblick auf Personalgewinnung für die neuen Hilfen positiv bemerkbar gemacht

Sehr positiv ist die hohe Schwerbehindertenquote von 15 % beim eigenen Bezirksverwaltungspersonal – vorbildhaft. Dies sollte beispielgebend für andere sein. Gerade was das Budget für Arbeit betrifft, könnten z.B. auch die Wohlfahrtsverbände Arbeitsplätze umdenken. Das betriebliche Gesundheitsmanagement wurde verbessert

Auf Anregung von uns wird der Personalrat im Personalausschuss stärker eingebunden.

kbo und Psychiatrie

Dank unseres Antrags konnte die psychiatrische Versorgung von Flüchtlingen verbessert werden.

Der gemeinsame Einsatz im Bezug für das Entgeltsystem hat sich gelohnt, jetzt muss man abwarten, wie es sich auf die finanzielle Situation der Kliniken auswirkt.

Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist eine ständige Überbelegung zu sehen, trotz Neubau müssen weitere Standorte angedacht werden.

Der Kampf der Bezirke mit einer breiten Öffentlichkeit um ein verändertes PsychKHG hin zu einem wirklichen Hilfesgesetz hat sich gelohnt. Die Unterbringung von Eigengefährdenden und Fremdgefährdenden und die Beleihung und die damit verbundenen Unklarheiten müssen in den Ausführungsbestimmungen konkretisiert werden.

Soziales

Der inzwischen 3. Sozialbericht ist fertig – er spiegelt eine gute Sozialplanung wieder. Der Sozialbericht die to do-Liste für den Sozialbereich und zeigt selbstkritisch die künftigen Handlungsbedarfe auf, aber reflektiert auch das Erreichte.

Wichtiges Gremium aus unserer Sicht ist das GSV und die breit aufgestellten Unterarbeitsgruppen. Die Ergebnisse waren u.a. diverse Handreichungen für die Praxis, Qualitätsstandards für geschlossen geführte Einrichtungen, Prävention von und zu Umgang mit Gewalt in Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Volljährige. Die Handreichung zur Gewaltprävention für Einrichtungen Erwachsener ist fast fertiggestellt. Die Inklusion sehen wir als Querschnittsaufgabe. Es wurden viele gute Akzente gesetzt wie den Inklusionspreis, die inklusiven Kulturprojekte und Zamma.

Neue Hilfen Übergang zum Bezirk. Es besteht eine gute Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden. Es wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, es wird vermittelt, dass es passgenaue Hilfen gibt und die Bedürfnisse der Selbstbestimmung im Fokus ist. Bisherige gute Modelle wie das Arbeitgebermodell werden fortgeführt.

Zur Konzeption Bezirk 2030 eine Anmerkung: in Bezug auf das Wohnen für Sozialbenachteiligte und Menschen mit Behinderung wird mitgedacht. Allein Arbeitsgruppen und Appelle helfen nicht, auch wir müssen Wohnraum schaffen und mit gutem Beispiel vorangehen, eben inklusiv denken und handeln.

UMA – Sehr ärgerlich ist, dass die Bezirke immer wieder über finanzielle Unterstützung neu verhandeln müssen, wo doch viel Geld aus dem Bund an die Länder fließt. Es muss weitergereicht werden ohne Wenn und Aber.

Schulbegleiter – Das aktuelle System ist nicht inklusiv, sondern exklusiv. Dies muss bindend über das Schulpersonal abgedeckt werden. Damit würden alle Kinder mit Hilfebedarf Unterstützung erfahren, egal welcher Art des Hilfebedarfs.

An dieser Stelle auch der Dank an unseren Kooperationspartner.

Zum Schluss wünsche ich allen, die wieder für den Bezirkstag kandidieren, viel Erfolg und den Ausscheidenden danke ich für ihr Engagement. Für die nächste Legislaturperiode wünsche ich mir, dass auch künftig der Bezirkstag von Oberbayern die sozialen und kulturellen Belange überparteilich angehen, immer den Menschen im Blick und zum Wohle der Bevölkerung. Auch wenn ich befürchte, dass es künftig politisch schwieriger wird.

Rede Frau Bezirksrätin Petra Tuttas

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Präsident,
liebes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte jetzt nur kurz ein paar Gedanken anschließen, wie es uns geht, die wir ja nicht den Regierungsparteien angehören. Wie man sich fühlt, wenn man als kleinere Partei versucht, Akzente zu setzen. Da möchte ich Herrn Loy aufgreifen, der gesagt hat, der Bezirkstag ist sozusagen das Schwungrad, welches das Leben hier bestimmt. Ich wünsche mir, dass von unserer Seite her mehr Schwung kommt. Die Zusammenarbeit ist zwar sehr positiv, aber manchmal habe ich das Gefühl, dass bei unseren Anträgen reflexartig etwas reserviert reagiert wird.

Ich erinnere an Seeon, die Holzschnitzelanlage. Zuerst ging gar nichts, erfreulicherweise hat man dann doch Wege gefunden. Das finde ich sehr positiv. Ich würde mich freuen, wenn man Anträge der Kolleginnen und Kollegen aufgreift und sofort überlegt, wie man sie umsetzen kann. Ich will mich nicht beklagen, wir haben einige Akzente setzen können. Die Fassadenbegrünung, barrierefreier Spielplatz auf der Glentleiten, der ja schon geplant war. Ich habe mir den Spielplatz angeschaut und war schon etwas enttäuscht. Er ist als inklusiver Spielplatz nicht deutlich erkennbar. Aber wir haben ja gesagt, wir können die Dinge weiter entwickeln. Wir sollten das Thema inklusive Spielplätze weiter ausbauen.

Auch bei aufgegriffenen Anträgen, wie z.B. die bienenfreundliche Kommune, würden wir uns a bisserl mehr Schwung bei der Umsetzung wünschen. Diesen Antrag hatten wir 2015 gestellt, wahrscheinlich wird er gerade noch in dieser Periode umgesetzt.

Wir wissen, dass die Verwaltung stark arbeitet und oft nicht mehr machen kann. Wir würden halt hoffen, dass der Verwaltung auch für solche Anträge, das war ja bei der Fassadenbegrünung auch so, einfach mehr Zeit für eine schnellere Umsetzung eingeräumt wird. Ich glaube, es ist für alle Kolleginnen und Kollegen frustrierend, wenn man relativ am Anfang einer Periode Anträge stellt, die dann nicht umgesetzt werden können.

Erfreulich war, dass bei dem abgelehnten Antrag der pestizidfreien Bezirksflächen die Bezirksgüter freiwillig auf Glyphosat verzichten. Dies ist auch das Positive in der Zusammenarbeit. Der Bezirkstag ist bei Anträgen nicht auf ja, nein, abgelehnt fixiert. Gerade diese Zwischentöne ermöglichen die gute Zusammenarbeit, die schon mehrfach erwähnt wurde.

Und diese gute Zusammenarbeit werden wir auch in Zukunft brauchen. Es wabert jeder so um diesen Begriff herum. Wir werden die AfD im nächsten Bezirkstag haben und da heißt es, eine klare Haltung zeigen. Ich glaube, wir als Grüne zeigen eine klare Haltung und ich hoffe, dass manche Parteien im Laufe der Sommerpause noch etwas nachbessern, damit wir wirklich geschlossen argumentieren können. Wir sollten keine Angst haben, denn Angst lähmt und gibt keinen Gestaltungsspielraum. Wir haben viele gute Ideen, die wurden auch alle schon aufgezählt. Ich möchte sie nicht wiederholen. Gerade im Bundesteilhabegesetz wird es viele Veränderungen geben, wo wir auch gegenhalten müssen. Bei den Werkstätten haben wir Umgestaltungspläne, den Herausforderungen müssen wir gerecht werden. Aber ich denke, wir haben alle so viele gute Argumente, dass wir keine Angst vor der AfD haben müssen, die dann unter Umständen gegen alles stimmen wird.

Wichtig ist auch ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, das ist mir in Passau bewusst geworden. Es ist zwar nachgebessert worden, aber wir müssen auf unsere eigene Sprache achten. Ein Herr, der betroffen war, hat gesagt: dauernd ist davon die Rede gewesen, wir müssen das Gesetz entschärfen. Wir haben uns alle gerühmt, dass es entschärft wurde. Aber warum ist überhaupt ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ein Gesetz, das Schärfe bringt. Gerade da ist doch der Hilfedanke im Vordergrund. Wir sind schon so in unserem selbstgemachten Sprachgebrauch, dass es uns nicht mehr bewusst wird. Und da möchte ich hoffen, dass in der nächsten Periode wir alle auf die eigene Sprache achten

Kurz möchte ich noch erwähnen, dass das Bundesteilhabegesetz uns vor viele Herausforderungen stellen wird. Wir sollten unseren Focus auf die Ausbildungsplätze setzen. Denn nur wer eine gute Ausbildung erhalten hat, wird auch Arbeit finden. Auch die Bestandssicherung, von der oft die Rede war, ist wichtig. Aber es geht auch um die Verbesserung der Situation der Menschen mit Behinderung. Wir werden beim Bundesteilhabegesetz um den Kostenvorbehalt kämpfen. Aber das Ziel, dass Inklusion eine Verbesserung für Menschen mit Behinderung bedeutet, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Es stehen schwierige Entscheidungen an, hier gilt ambulant vor stationär. Ambulant wird teurer sein und ich bin gespannt, zu welcher Entscheidung und zu welchen Schlüssen wir in der Verwaltung kommen.

Zum Abschluss möchte ich mich bei allen für die gute Zusammenarbeit bedanken. Ich freue mich, wenn möglichst viele das nächste Mal mit dabei sind. Ich hoffe, dass die Zusammenarbeit weiter so gut ist und nicht durch die AfD getrübt wird.

Vielen Dank!

Rede Herr Bezirksrat Florian Weber

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nun ist bereits fast alles gesagt worden, trotzdem möchte ich mich zunächst bei allen Kolleginnen und Kollegen für die kollegiale Zusammenarbeit bedanken. Natürlich sind wir hier keine Freunde, aber die Form der Zusammenarbeit unterscheidet sich doch wohltuend von anderen demokratisch gewählten Gremien. Auch beim Präsidenten möchten wir uns bedanken, der es mit taktischem Geschick verstanden hat, auch den Vertretern im Bezirkstag, die nicht den Parteien der großen Kooperation angehören, das Gefühl zu vermitteln, als würde er sie ernst nehmen. Und dies oftmals

auch dann, wenn er ihnen eine politische „Watschn“ verabreicht hat.

Einen Punkt möchte ich aber besonders hervorheben, wenn mir auch bewusst ist, dass unsere Sichtweise wahrscheinlich nicht die Mehrheitsposition ist.

Uns ist natürlich klar, dass die Bezirke die 3. kommunale Ebene sind. Darüber hinaus hat die Bayernpartei Fraktion einen besonderen Bezug zu den Bezirken. Es war die Bayernpartei, die maßgeblich in der ersten Hälfte der 50iger Jahre dafür gesorgt hat, dass die Bezirke in Bayern installiert wurden. Dabei waren und sind wir der Überzeugung, dass hier nicht nur eine wichtige kommunale Ebene geschaffen wurde, sondern auch ein Stück bayerischer Staatlichkeit entwickelt wurde. Das Erfolgsmodell Bezirke in Bayern ist auch ein Stück bayerischer Identität und bayerischer Bürgernähe. Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Erfolgsmodell weiter arbeiten zum Wohle der Menschen in Bayern.

Dies ist umso wichtiger, als wir in einer Zeit leben, in der wieder ein deutschnationaler „Ungeist“ politisch um sich greift. Hier sollten wir nicht wie die Maus vor der Schlange sitzen, sondern vielmehr aktiv die Konfrontation suchen. Gerade in Bayern haben wir bessere Argumente, diese müssen wir aber auch an die Menschen bringen.

Zum Schluss möchte ich mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung bedanken, ohne deren Engagement unsere Beschlüsse hier gar nicht umgesetzt werden könnten.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Rede Herr Bezirksrat Rainer Schneider

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
verehrtes Präsidium,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn man als 6. dran kommt, kann man es nicht wirklich Spannend machen, deshalb möchte ich mich wirklich auf ein paar ganz wenige Worte beschränken.

Als allererstes ein ganz herzliches Dankeschön. Ein herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit mit Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, und bei vielen Kolleginnen und Kollegen für die sehr gute, freundschaftliche, auch wenn man im klassischen Sinn vielleicht nicht direkt befreundet ist, aber doch sehr freundschaftliche Zusammenarbeit und der Bereitschaft, auch den Kleinen zuzuhören. Ob man dann die einzelnen Punkte aufgreift oder nicht... da haben wir schon vieles gehört, da sind wir manchmal leidgeprüft.

Ich möchte aufgreifen, was Kollegin Tuttas gesagt hat. Unserer eigenen Sprache bedingt, bestimmt das Handeln auch unser Gegenüber. Auch die großen Parteien wären manchmal sehr gut beraten, ihre Sprache zu überprüfen, ihre Ausdrucksweise zu korrigieren, um nicht bestimmten Strömungen einen Raum zu geben, der nicht mehr einzufangen ist. Diese Strömungen brauchen gar nicht ausgelebt zu werden, sondern lässt andere für sich arbeiten. Genau das ist, was wir im Moment erleben und was sich fortsetzen wird. Wir werden uns im nächsten Gremium mit Sicherheit mit dieser Thematik auseinander setzen müssen.

Es geht nicht nur um Sprache, es geht auch um unser eigenes Verhalten. Wir legen Programme auf für bienenfreundliche Kommunen. Auf der anderen Seite haben wir in unseren Vorgärten keine blühenden Pflanzen mehr, sondern wir lassen den Rasenmäherroboter fahren, wenn es noch Gras gibt. Ansonsten haben wir wurzeldichte Folien und schütten Kies aus, weil wir unsere Freizeitgestaltung nicht mehr im eigenen Garten abwickeln. Wir hocken uns aufs E-Bike, entschuldigen Sie diese lapidare Ausdrucksweise, und radeln den Berg hinauf, mit einer Energie, die wir selbst nicht aufbringen. Der Akku kann oben vielleicht wieder aufgeladen werden, damit wir wieder nach unten

zu kommen. Dieses eigene Verhalten bedingt natürlich, dass wir immer stärker eingebunden sind in eine Systematik, der wir uns nur schwer entziehen können. Das setzt sich fort. Wir haben Initiativen gestartet, um den Flächenverbrauch einzugrenzen, auf der anderen Seite ist die Industriefläche pro Mitarbeiter immer größer geworden. Die Akklimatisation greift immer stärker um sich, die Leute müssen aber in Lohn und Brot bleiben, ebenso bei der Wohnfläche. Die Wohnfläche pro Person wird immer größer. Hier muss ein Umdenken initiiert und bestimmte Hemmnisse abgebaut werden. Daran sollten wir uns immer wieder erinnern. Wir sollten gemeinsam diesen Weg bestreiten, vor allen Dingen auf absolut demokratische, offene und freundschaftliche Art und Weise.

Deswegen an dieser Stelle nochmal ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen für das, was wir die letzten 5, die letzten 10 und zum Teil noch mehr Jahre bewegen durften. Ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen auf der Mitarbeiterseite. Ich möchte es wirklich so bezeichnen. Denn wir hier wären gar nichts, wenn wir nicht Leute hätten, die mit uns gemeinsam an diesen Zielen arbeiten und für uns diese Ziele umsetzen. Deswegen auch der ganzen Mitarbeiterschaft ein herzliches Dankeschön für ihre Bereitschaft, mitzumachen. Es ist ja nicht nur eine Frage der Entlohnung, sondern auch der Wertschätzung und dies soll Ihnen allen zu Teil werden.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die wieder für den neuen Bezirkstag kandidieren, wünsche ich ganz viel Erfolg, allen anderen danke ich für ihre Zusammenarbeit und wünsche Ihnen für Ihre Zukunft alles erdenklich Gute.

Vielen Dank!

Rede Frau Bezirksrätin Sigrid Friedl-Lausenmeyer

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich glaube, es ist nun alles gesagt worden. Ich werde jetzt nichts weiter herholen und möchte vielleicht ein letztes Mal hier oben stehen. Vielleicht ist es auch eine gewisse Altersmilde, die inzwischen eingesetzt hat. Ich hatte überhaupt nichts auszusetzen, an dem was gesagt worden ist. Danke auch an Petra Tuttas, die viele Themen aufgegriffen hat, grade auch die der kleineren Parteien. Ich möchte meinen ganz herzlichen Dank aussprechen, dass wir für die FDP-Fraktion, als kleine Partei, durchaus immer adäquat berücksichtigt worden sind. Manchmal musste man vielleicht etwas lautstarker werden als andere. Aber das war auf jeden Fall immer so in Ordnung.

Ich möchte Ihnen allen, die Sie weiter machen und auch Ihren Kolleginnen und Kollegen, die neu dazu kommen, für die nächste Wahlperiode natürlich alles Gute wünschen, aber vor allem auch sehr viel Kraft. Ich wünsche Ihnen, dass Sie alle zusammen stehen können gegen dieses Gespenst der neuen Zusammensetzung unter den Parteien. Es werden Einige Federn lassen müssen, es wird eine neue Partei dazu kommen. Dieses Gespenst hat einen Namen und ich denke, es ist auch gut, wenn man ihn nennt. Die AfD wird besonders für den Bezirkstag ein riesen Problem werden, aber Sie alle haben mit Sicherheit die Kraft, dass Sie dem, was da gefordert werden wird und was an anderer Gesinnung vorhanden ist, Paroli bieten werden können. Dafür, wie gesagt, viel Kraft und geben Sie nicht auf. Ihre Freiheit liegt in der demokratischen Gesinnung. Seine Freiheit zur demokratischen Gesinnung hat niemand zu verstecken.

Ich wünsche Ihnen alles Gute! Vielen Dank!

Rede Frau Bezirksrätin Johanna Schildbach-Halser

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter, lieber Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

erlauben Sie mir, dass ich als dienstälteste Bezirksrätin (nur Kollege Professor Dr. Murken ist länger im Mandat) die Zeit zwischen 1986 und heute etwas reflektiere und Rückschau halte.

32 Jahre Bezirkstagearbeit! Vieles hat sich geändert und verbessert. Der Bekanntheitsgrad der Bezirke blieb leider gleich. „DER BEZIRK-DAS UNBEKANNTE WESEN“.
In dieser Zeit habe ich 4 Bezirkstagspräsidenten erlebt, unzählige Wechsel in der Verwaltung, hunderte von Kolleginnen und Kollegen, die kamen und gingen und zum Teil große Karrieren machten. z.B. Frau Stevens, Frau Stamm, Herr Unterländer und die Rosenheimer Oberbürgermeisterin Bauer und ganz aktuell Frau Sozialministerin Schreyer. Viele wechselten in den Landtag und Bundestag

In den 32 Jahren waren die Bezirke nicht nur einmal in ihrer Existenz bedroht, standen zur Disposition und wurden Aufgaben verändert. Die sogenannte „Reform der Bezirke“ band die Arbeit einer Legislaturperiode unterschiedlichster Gremien, vom Landkreistag, Städtetag, Gemeindetag, Bezirksregierungen, Heimatpflege über die Wohlfahrtspflege, Finanzministerium und viele mehr. Der Berg kreiste, und der Disput endete 2001 mit der Überzeugung, dass keine nachweislich bessere Lösung für die Aufgaben gefunden wurde. Dieser Burgfrieden hielt bis 2005. Damals gab es Schlagzeilen „Freistaat droht den Bezirken“, „Sparen oder Auflösung“ und „Bezirke im Schwitzkasten“. Die Bezirke waren und sind also nie Lieblingskinder der Staatsregierung. Es ging und geht immer nur ums Geld. 2004 hat der Bezirk Oberbayern mit einstimmigem Beschluss gegen den Freistaat um höhere Finanzierungsmittel geklagt.

Die Kostensteigerungen im Sozialhaushalt zur Ermöglichung guter Pflege sind eklatant. Bedingt durch höhere Lebenserwartung auch von behinderten Menschen, Zunahme von psychischen und seelischen Erkrankungen, Multimorbidität, Veränderung der Familienstruktur und Zuzug von Senioren sind diese Kosten im Steigen begriffen.

Im Jahr 2009 kam wieder die Diskussion um Aufgabenverteilung auf, und die Frage, ob die kommunalen Planungsverbände ihre Aufgaben an die Bezirke abgeben sollen. Glücklicherweise sind derzeit die staatlichen Kassen reich gefüllt und damit dürfe die Existenz der Bezirke momentan nicht in Frage gestellt sein. Obwohl es mich wundert, warum im Bayerischen Rundfunkgesetz die Erwähnung oder ein Hinweis auf die gleichzeitig mit den Landtagswahlen stattfindenden Bezirkstagswahl untersagt ist. Eine Tatsache, die weitgehend unbekannt ist.
Die ÖDP hat dazu eine Petition eingereicht, die aber erst nach der Wahl behandelt oder abgelehnt werden wird. Die Diskussionen in Unionskreisen zur Anhebung der Wahl-Prozenthürden für kleine Parteien und deren künftige demokratische Mitarbeit lassen Böses vermuten.

Ich kam aus der praktischen Sozialarbeit in den Bezirkstag und sah für mich darin auch die wichtigste Aufgabe.

Mein Motiv war Defizite und Missstände beheben, Gegenmaßnahmen zum Pflegenotstand einfordern und Verbesserung der Verhältnisse in Behinderteneinrichtungen und in der Psychiatrie beschließen und umzusetzen. Meine Meinung war, durch praktische Erfahrung und Wissen zur Verbesserung beitragen zu können. Mein Motiv war und ist, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen und zu unterstützen. In vielen Haushaltsreden forderte ich, dass unsere Arbeit mehr Prävention bedarf, dass der Schwerpunkt nicht auf „Reparaturbetrieb“, verbleiben darf. Schnelle Hilfen für seelisch kranke und psychisch gestörte Kinder und deren Eltern, ohne lange Wartezeiten und Drehtür-Psychiatrie.

Wir haben uns als AG über die Psychiatrie in Italien informiert und mit den leitenden Verantwortlichen gesprochen. Die Psychiatrie in Italien arbeitet fast ohne stationäre Betten, mit engmaschiger psychologischer, ärztlicher und sozialpädagogischer Begleitung jedes einzelnen Erkrankten.

Eine Bitte von mir wäre für unsere künftige Arbeit, eine Prüfung dieses Systems für die langfristige Versorgung von Psychiatriepatienten auch bei uns in Bayern.

Ein kleiner Beginn auf diesem Weg könnte unser gut angelaufener Krisendienst sein.

Ich forderte seit Jahren,

- Tag und Nachtpflegeeinrichtungen zur Entlastung von Pflegenden
- bessere Pflegeschlüssel in den Heimen und Einrichtungen
- Seniorenwohneinrichtungen für ins Rentenalter gekommene Werkstattbesucher,
- echte Inklusion und Hilfe und Unterstützung der Eltern bei der Wahl des richtigen Wegs für ihr behindertes Kind.
- bessere Ausbildung und Zusatzausbildung von Erziehungspersonal und Betreuern um wirklich inklusiv arbeiten zu können .
- Erhalt der Förderschulen insbesondere für sinnesbehinderte Kinder als Alternative
- kostenfreie Altenpflegeschulen
- Ausbau unserer Krankenpflegeschulen
- endlich die Erkenntnis, dass die Demenz-Kranken zu den Menschen gehören, die unter die Hilfe der Bezirke fallen müssen.

Die Aufgaben der Bezirke betreffen das Leben der Menschen vom Säugling mit Handikap und Unterstützung der Eltern von der Frühförderung hin zum Schüler, Jugendlichen, bis zur Berufsausbildung. Hilfe für psychisch und seelisch Kranke, Suchtkranke, Pflegebedürftige und Senioren. Bezahlbare Wohnungen für Ärzte, Pflege-Betreuungspersonal, um den Pflegenotstand zu mindern.

Wir haben das große Glück, zwei Wohnbaugesellschaften und große Grundstücksreserven zu haben. Dies bietet uns die Möglichkeit, ohne nur auf Gewinnmaximierung zu schauen, Wohnungen für unsere Zwecke, für die Menschen zu bauen, für die wir Verantwortung tragen. Dass in Haar diese Aufgabe schon angegangen wird, macht mich sehr glücklich.

All das Schreckliche, was dort und in anderen Bezirkshäusern in der Vergangenheit geschehen ist dürfen wir nie relativieren oder vergessen!

Heute steht über unserer Arbeit das Grundgesetz mit der Aussage:

„DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR“

In diesem Satz gibt es keine Interpretationsmöglichkeit, sie umfasst Junge und Alte, sie differenziert nicht nach Behinderung, Geschlecht und Herkunft, nicht nach Glaube und auch nicht nach Hautfarbe. Wenn wir im Bezirkstag auch künftig unsere Arbeit danach ausrichten und dieses Ziel weiter Leitschnur ist, kann unser Tun nur RICHTIG sein.

Ich war bis 1994 Mitglied einer Fraktion und hatte auch als Einzelkämpferin das Vertrauen des Gremiums und durfte im Sozialen tätig sein, im Sozialausschuss und 9 Jahre als Referentin im Sehbehindertenzentrum Unterschleißheim. Seit 2003, also 15 Jahre, bin ich nun Referentin des Schulzentrums für Hören und Sprache und sehe mit großer Genugtuung, dass die Sanierung läuft und im nächsten Jahr die BBW Werkstätten in den sanierten Bau umziehen können.

Sinnesbehinderte junge Menschen bekommen dort die Grundlagen, sich im 1. Arbeitsmarkt zu etablieren und ein selbstständiges Leben zu führen und Familien zu gründen. Eine 80 % Vermittlungsquote spricht für sich!

Für sinnesbehinderte Kinder und Jugendliche halte ich diese Fördereinrichtungen für ein Geschenk und hoffe, dass sie auch in Zukunft erhalten bleiben und die staatlichen Hürden und die überbordende Bürokratie für die Aufnahme reduziert wird. Wo, wenn nicht bei der Beschulung und Ausbildung in solch hervorragenden Facheinrichtungen kann INKLUSION für's Erwachsenenleben gelingen!

Natürlich muss in Zeiten der INKLUSION auch die Beschulung in Regelschulen mit der notwendigen Unterstützung gleichberechtigt möglich sein.

Rückwirkend auf meine Mandatszeit bedauere ich, dass sich die Arbeit in den Ausschüssen grundlegend geändert hat. Wurde früher um jeden Beschluss hart gerungen und diskutiert, positive Streitkultur praktiziert, beschränkt sich derzeit die Ausschussarbeit oftmals in der Absegnung von Beschlussvorlagen. Für die Verwaltung ist dies sicher einfacher, ich würde aber für die Zukunft wieder mehr Diskussion und Abwägung der Argumente für oder gegen einen Antrag wünschen.

Nicht nach Fraktionszwang abstimmen, sondern um die bessere Lösung ringen!
Für mich war ein großer Erfolg, dass bei der Wahl 2013 die ÖDP ein zweites Mandat erhielt und wir die Kenntnisse und das Wissen auch in anderen Bereichen als im Sozialsektor mit Kompetenz einbringen konnten. Das Thema Landwirtschaft, Umwelt, Bauen und bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen durch optimales Licht. Prävention hat mehr Priorität gewonnen.

Die Forderung und der Wunsch nach dem Umbau der Bezirksgüter mit Arbeitsangeboten für Behinderte oder psychisch und seelisch kranke Menschen. Höhere Förderung der Natur- und Landschaftsschutzmaßnahmen die Fachberatungen für Imkerei und Fischerei, die nach der Sanierung im Kloster Seeon eine neue Heimat finden werden, und wo nach dem Umbau der Außenanlage für die Menschen aus der Region und den künftigen Gästen ein wunderbares Stück Oberbayern erlebbar gemacht wird.

Erhöhung der Mittel für Kultur Heimatpflege, auch außerhalb unserer herausragenden Museen.

Ich hoffe und wünsche, dass künftige Bezirksräte den eingeforderten Schutz der Heimat auch als Aufgabe sehen, indem sie energisch gegen die Kommerzialisierungstendenzen der Staatsregierung protestieren, (ich denke an das Sudelfeld und das Riedberger Horn und Industrieansiedlungen an der Autobahn...) Wenn wir als Bezirk schon nicht entscheiden dürfen, so können wir doch unsere Meinung äußern und Stellung beziehen.

Nach 32 Jahren muss ich für mich feststellen, ICH STEHE ZUM ERHALT DER BEZIRKE.
Ich bin froh, dass ich so lange mitarbeiten konnte. Ich bin dankbar für diese Zeit und möchte denen, die bleiben, mit auf den Weg geben, es ist ein Glück, dass es die Bezirke gibt und engagierte Bezirksräte, die sich umschaun, umhören, einmischen, Missstände aufdecken, Mängel ansprechen und sich nicht nur von der Bürokratie bestimmen und leiten lassen.
Ich hoffe und wünsche, dass sich weiter viele engagierte Menschen finden, die sich um ein Mandat bewerben und sich für SOZIALE Aufgaben einbringen und denen HEIMAT nicht nur ein politisches Schlagwort ist.

Dafür wünsche ich Ihnen, Herr Bezirkstagspräsident Mederer, und allen, die dem nächsten Gremium wieder angehören werden, von Herzen Glück und Gottes Segen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Rede Frau Bezirksrätin Martina Wenta

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,

wie wir grad eben g'hört haben, liegen einige turbulente Jahr hinter uns. Für mi ganz b'sunders: Als erste Piraten um Bezirk hod's a Weile dauert, bis Gabi und ich uns in de neie Aufgab eingearbeitet ghabt ham. Und scho 2015 hob i mi nei iarbeiten miassen. Durch an Parteiwechsel san de Ausschüss und Ausschussgemeinschaften ganz schee durcheinander gwirbelt worn.

Rückblickend hod sich de neie Mammutaufgab (bzw. de Mammutaufgaben) ois große Bereicherung rausgestellt. Besonders die Zusammenarbeit in der neu gegründeten Ausschussgemeinschaft mit der ÖDP war äußerst fruchtbar.

I glab, über die erfolgreichen Projekt vom Bezirk is scho gnua gsogt worn, a weitere Aufzählung erspar ich uns.

Aber i mecht an kurzen Blick in die Zukunft wagen, bzw. an Appell an Sie richten: Die Mehrheitsverhältnisse wern si ändern, genau wie die Zusammensetzung vom Bezirkstag. Es ändern sich deshoib aber ned unsere Aufgaben und Herausforderungen. Auch ändern sich ned de Menschen, für de mir da sein wollen. Mit (oder Sie, je nach dem) werden sich auch in den kommenden fünf Jahr nicht von populistischen Reden treiben lassen. Im Mittelpunkt werd der Mensch steh – und sei Würde! Kaum a anderes Parlament is so nah dro an vermeintliche „Randgruppen“. Menschen mit Behinderung, Pflegebedürftige, psychisch Kranke: Sie olle ham a schlechte Lobby. Aber se ham uns! Und wenn wir hier weiterhin sachbezogene, lösungsorientierte Politik machan, kón uns koana den Verdienst madig macha.

Zu guter Letzt bleibt ma nu, Ihnen allen zu danken. Für die interessanten Gespräche, die guade Zusammenarbeit, die Hilfe.

Und eigentlich woit i jetzt einige Leid no persönlich danken, aber dann wird aus a kurzen Rede ganz schnell a lange. Und außerdem dad sich des ja nach Abschied ohern und i bin ma ganz sicher dass ma uns ab Herbst 2018 wieder seng!

Danke für's zuhörn!

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt von dem Rückblick auf die Wahlperiode 2013 – 2018 des Bezirks Oberbayern Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 5 kbo - Kliniken des Bezirks Oberbayern, Kommunalunternehmen; Rückblick und Ausblick

kbo berichtet dem Gremium über die Entwicklung der letzten 5 Jahre und gibt einen Ausblick in die Zukunft.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt die Informationen über die Arbeit des kbo während der Wahlperiode 2013 – 2018 des Bezirkstags von Oberbayern und die geplante weitere Entwicklung zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 6 Beteiligungsbericht 2016

Der Bezirk hat gemäß Art. 80 Bezirksordnung (BezO) jährlich einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihm mindestens der zwanzigste Teil der Anteile des Unternehmens gehört.

Für die Beteiligungen in Form von Zweckverbänden und sonstigen Zusammenschlüssen bestehen keine Verpflichtungen hinsichtlich eines Berichtswesens. Der Vollständigkeit halber werden die

öffentlich-rechtlichen Beteiligungen in den Bericht mit aufgenommen, soweit der Bezirk Oberbayern über ein Stimmrecht von mindestens 20 % verfügt. Über die klinischen Beteiligungen wird gesondert Bericht erstattet.

Der vorgelegte Beteiligungsbericht betrachtet das Geschäftsjahr 2016.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt von dem Beteiligungsbericht 2016 Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 7 Bekanntgaben und Sonstiges

Herr BTP Mederer verabschiedet Frau Regierungspräsidentin Els.

Beschluss:	Es erfolgten keine Bekanntgaben oder Antragstellungen.
-------------------	---

Um 11:55 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy
Protokollführung